

(Christian Dahm [SPD]: Dann muss man zuhören!)

nur das Ende. Ich kann Ihnen aber sagen: Kriminalität ist ubiquitär, das kommt überall vor. Schauen Sie sich mal in Ihren eigenen Reihen um, was Sie für Fälle haben: Insbesondere Ihr Gründer war selbst Mitglied in der NSDAP. Auch bei der Pädophilie sind Sie auch ganz weit vorne. Gucken Sie also erst einmal auf sich.

Präsident André Kuper: Mir liegt eine weitere Wortmeldung auch aus den Reihen der AfD vor. Herr Abgeordneter Herr Wagner, Sie haben noch 12 Sekunden.

(Andreas Bialas [SPD]: Das reicht für keine Videosequenz!)

Markus Wagner^{*)} (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 2016 sprach SPD-Chef Sigmar Gabriel davon, Straftäter konsequenter abzuschieben. Ausländer sollten ihre Haft im Heimatland verbüßen.

(Kirsten Stich [SPD]: Die 12 Sekunden sind vorbei! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wissen Sie, was uns von Ihnen unterscheidet? Von Ihnen kommen seit acht Jahren nur leere Worthülsen. Wir werden handeln.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Damit, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung.

Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/8880. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Damit gibt es keine Enthaltung, und damit ist der **Antrag Drucksache 18/8880**, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

7 Rückkehr zur regelmäßigen Erstellung von Förderberichten in Nordrhein-Westfalen – Transparenz als Gebot der Stunde in Zeiten haushaltspolitischer Herausforderungen praktizieren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/8887

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion spricht als Erstes ihr Abgeordneter Herr Witzel.

Ralf Witzel^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eine neue Situation, die wir so in den letzten Jahren nicht gekannt haben: Grün wirkt. Und diese Drohung gilt leider auch für unsere Wirtschaft. Unter grünen Wirtschaftsministern in Land und Bund ist Deutschland ökonomisch zum Schlusslicht geworden, sinnbildlich zum kranken Mann Europas.

Die Folgen sind nicht nur Verluste bei Wohlstand, Innovation und Zukunftsaussichten, sondern auch ganz konkret bei den Steuereinnahmen. Daher gehören alle Ausgaben auf den Prüfstand. Die Setzung richtiger Prioritäten ist unverzichtbar in Bund und Land.

(Beifall von der FDP)

Neuverschuldung ist dabei kein Weg, der uns von diesen notwendigen politischen Schwerpunktsetzungen befreit. Das will ich ausdrücklich sagen. Trotz der verantwortungslosen grünen Lust auf Schulden beteuern ja Ministerpräsident Hendrik Wüst und Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk noch ihr Bekenntnis zur Schuldenbremse. Das ist richtig, notwendig und entspricht auch unseren Erwartungen. Dabei sollten Sie bitte auch bleiben,

(Beifall von der FDP)

trotz permanenter Angriffe Ihres Koalitionspartners auf diesen Kurs.

Es ist weder moralisch verantwortlich noch nachhaltig und erst recht nicht ökonomisch sinnvoll, die Probleme heutiger Ausgabegelüste mit Zinsen im Gepäck der jungen Generation vor die Füße zu werfen. Diese blickt, wie wir der aktuellen Jugendstudie in dieser Woche entnehmen können, ohnehin angesichts der zahlreichen Krisen eher ängstlich und pessimistisch in die Zukunft.

Wir dürfen die Probleme bei den Zukunftsaussichten der Jugend in unserem Land nicht noch vergrößern.

(Zuruf)

Förderprogramme bieten im Landeshaushalt, Herr Kollege, ein Einsparpotenzial in einer beachtlichen Größenordnung im dreistelligen Millionenbereich. Es geht aber nicht nur um dieses Konsolidierungspotenzial. Von Förderprogrammen gehen nämlich auch krasse Fehlsteuerungswirkungen aus. Ausgaben werden beispielsweise getätigt, nicht weil sie in der Sache sinnvoll sind, sondern da sich Begünstigte doch nicht einen 80-prozentigen Zuschuss entgehen lassen wollen, selbst wenn sie die Ausgaben aus Eigenmitteln niemals getätigt hätten und diese objektiv auch gar nicht prioritär sind.

Es verschlingt ungemaine bürokratische Ressourcen, wenn selbst für Bagatellobeträge umfangreiche Antragsformulare eingereicht werden müssen und Ausgaben in der Folgezeit jahrelang mit Verwendungsnachweisen zu dokumentieren sind.

In Sonntagsreden bekennen sich viele der Verantwortlichen gern zu dringend notwendigem Bürokratieabbau. Im Alltag lautet dann aber einer der häufigsten Presseinformationen dieser Landesregierung: Minister X bringt ein neues Förderprogramm an den Start. Dann kann man Schecks überreichen, Bänder durchschneiden als positiv empfundene Botschaften überbringen und darauf hoffen, dass doch die vermeintlich Beschenkten gar nicht merken, dass sie die angeblichen Segnungen am Ende des Tages selbst bezahlen müssen.

Dieser flächendeckende Unsinn muss schnell beendet werden. Alle Parteien in Regierungsverantwortung haben an irgendeiner Stelle in den letzten Jahren dazu beigetragen. Aber es geht jetzt darum, das Problem zu erkennen und den Trend umzukehren.

(Beifall von Marc Lürbke [FDP])

Denn es treten sonst gefährliche Gewöhnungseffekte ein: Ohne Förderzuschüsse sind bestimmte Produkte oder Dienstleistungen dann irgendwann nicht mehr überlebensfähig. An anderer Stelle unterbleiben notwendige Strukturreformen oder Gesetzesänderungen. Wir haben das zuletzt bei den Straßenausbaubeiträgen gesehen. Wenn man ein Problem feststellt, muss man am Ende des Tages das Gesetz ändern und nicht versuchen, sich mit einem Förderprogramm für einen Übergangszeitraum irgendwie durchzumanövrieren. Ich glaube, die gemeinsame Erkenntnis müssten wir aus solchen Prozessen auch gewonnen haben.

Deshalb ist die Voraussetzung dafür, die Vielzahl fragwürdiger Subventionen zu identifizieren und sich ihrer teils zweifelhaften Wirkung bewusst zu sein, eine regelmäßige Berichterstattung.

(Jochen Klenner [CDU]: Das machen wir doch schon!)

Ein erst einmal gestartetes Förderprogramm wird nämlich, Herr Kollege, nicht so schnell wieder beendet und selten regelmäßig auch hinsichtlich seiner Wirksamkeit hinterfragt. Einem effizienten Handeln kommt in Zeiten knapper Kassen eine große Bedeutung zu. Deshalb sagen Ihnen viele Träger und viele Kommunen, die Empfänger öffentlicher Gelder sind: Wir brauchen gar nicht zwingend für alles mehr Geld, aber wir brauchen es frei und ohne die bürokratischen Förderauflagen für die Sachverhalte, wo der Bedarf tatsächlich am Größten ist.

Deshalb ist nicht jedes Förderprogramm falsch, was wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben, aber es ist richtig, sich das auf Monitoren immer wieder auf Wiedervorlage zu legen, kritische Fragen

zur Wirksamkeit zu stellen und zu überprüfen: Sind nicht Zahlungsströme für Destinatäre, für Kommunen besser, die sie ansonsten frei dort einsetzen können, wo der Bedarf am Größten ist. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die CDU spricht ihr Abgeordneter Herr Klenner.

Jochen Klenner (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also – bei solchen Ampelfreunden brauchst du wirklich keine Feinde mehr.

(Beifall von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Fehlt noch die La Ola!)

Kollege Witzel, das tut mir jetzt total leid. Ich habe mich hingesetzt und habe mich sachlich mit Ihrem Antrag auseinandergesetzt. Hätte ich gewusst, dass Sie das Pult hier brauchen, um Ihre Beziehungsthemen in Berlin zu regeln, hätte ich mir das ja sparen können. Jetzt verstehe ich auch, warum es ein direkter Antrag ist. Völlig unsinnig.

Ich kehre aber zur Sachlichkeit zurück.

(Ralf Witzel [FDP]: Das hat ausschließlich mit Neid zu tun!)

– Das habe ich an den ersten drei Minuten gehört. Ich dachte, Sie vergessen Ihren Antrag komplett.

Ich will aber meine Redezeit nutzen, vielleicht zunächst zu sagen, Kollege Witzel, dass Sie und auch die FDP-Landtagsfraktion es ja anders können. Das haben wir gestern in unserer Debatte hier betont, und da sind wir beide überhaupt nicht auseinander. Ich glaube, wir brauchen jetzt nicht voll Gram oder Sonstiges auf gemeinsame Zeiten zurückzuschauen, ganz im Gegenteil. Zwischen 2017 und 2022 haben wir als Koalition hier viel erreicht, haben uns auch nicht an irgendwelchen Pulten beschimpft. Das tun wir auch aktuell nicht und ist wahrscheinlich auch besser für die Menschen in diesem Land.

Ich finde – das habe ich Ihnen schon mehrfach gesagt –, wir haben gemeinsam das Thema „Entfesselung“ auf den Weg gebracht. Aber das scheinen Sie irgendwie vergessen zu haben. Bei diesem Antrag habe ich auch wieder überlegt, als ich die Überschrift „Subventionsbericht“ und oben das Logo der FDP sah, ob da irgendetwas durcheinandergeraten ist. Ich erkenne Sie einfach nicht mehr wieder. Wir müssen verstärkt beobachten, dass Sie den umgekehrten Weg der Entfesselung einschlagen.

Es ist ja unstrittig – darauf brauche ich gar nicht einzugehen –, man muss nicht nur in guten und weniger guten finanziellen Zeiten, sondern immer auf den Landeshaushalt achten. Ich will Ihnen gar nicht

absprechen, dass Sie das tun. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Entscheidungen zu hinterfragen, überprüfen, verstärken, ändern, auch mal Programme zu beenden; das ist ja völlig richtig. Es ist auch in Ordnung, dass wir nach Möglichkeiten schauen. Da haben Sie mich an Ihrer Seite. Sie wissen auch als Vertreter im Haushalts- und Finanzausschuss, dass wir immer gemeinsam für Parlamentsrechte, für Informationsrechte eintreten. Es ist auch wichtig, dass wir das tun, unabhängig von Rollen, die man hat.

Ich will Ihnen auch nicht absprechen, weil ich Sie dafür kenne, dass Sie das Ziel haben, zu sagen: Wir wollen gemeinsamen schauen, wie wir in diesen Zeiten mit Förderprogrammen um gehen.

Ich sage Ihnen: So wie Sie es vorgetragen haben, hätten Sie Ihre Zeit vielleicht besser nutzen können; vielleicht hätte ich es dann verstanden. Den Weg, den Sie vorschlagen, halte ich für nicht geeignet: dass Sie jetzt sagen – wir sind jetzt über ein Jahrzehnt ohne die Subventionsberichte ausgekommen –, das soll genau der richtige Weg sein.

Es ist doch so, dass wir mal ein gemeinsames Credo hatten: Nicht alles, was man machen kann, muss man machen. Ihr Antrag ist für mich ehrlich gesagt ein Musterbeispiel, wie in unserem Land immer stärker Bürokratie entsteht. Der zusätzliche Aufwand eines solchen Subventionsberichtes steht aus meiner Sicht nicht im Verhältnis zu einem möglichen Erkenntnisgewinn.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wenn man sich Ihren Antrag durchliest – und das habe ich getan –, dann widerlegen Sie sich ja selbst. Sie nennen ein Programm zur Förderung der Waldbauern als konkretes Beispiel. Entschuldigung, das haben wir doch hier im Parlament diskutiert, und zwar sofort, als die Meldungen waren. Wollten Sie jetzt zwei Jahre darauf warten, bis das irgendwann in einem Bericht steht und es dann aufgreifen?

Das zeigt ja, dass dieses Instrument doch auch zeitlich viel zu spät käme, wenn Sie zwei Jahre später einen Bericht hätten. Das würden Sie doch auch nicht mit sich machen lassen, dass Sie sagen: Wir diskutieren das erst in zwei Jahren. Ganz im Gegenteil, wir tun das jetzt. Wir haben auch diverse Institutionen dafür: Haushaltskontrollausschuss, Landesrechnungshof, der solche Dinge hinterfragt.

Was mir noch wichtig ist – zumindest kommt der Tenor in dem Antrag so rüber –: Es passt auch nicht zum Verständnis des Miteinanders der 195 Abgeordneten hier im Landtag. Die Förderprogramme werden doch zunächst mal in den Ressorts und in den Fachausschüssen umfangreich beraten. Da gehört es doch auch hin. Der Mehrwert einer zentralen Übersicht überzeugt mich nicht.

Ich will auch noch aus einer gemeinsamen Erfahrung konstruktiv zum Nachdenken anregen. Wir haben während der Coronazeit die Sondersituation gehabt, dass wir gemeinsam im Haushalts- und Finanzausschuss diverse Anträge, die zwar keine Förderprogramme, aber Zuschüsse betrafen, beraten haben. Das war auch richtig so, weil es keine Alternativen gab. Wir konnten uns in den Fachausschüssen nicht treffen. Doch da haben wir, zumindest aus meiner Sicht, gemerkt: Mensch, das hat eben auch seine Nachteile.

Ich glaube, wir haben das nach bestem Wissen und Gewissen gemeinsam geschafft. Wir haben aber gemerkt, das muss doch in den Ressorts fachlich beraten werden. Da haben wir starke Oppositionspolitiker, die in der Lage sind, Fragen zu stellen. Das tun Sie doch auch in den Fachausschüssen. Ich bitte, noch mal darüber nachzudenken, ob wirklich ein Subventionsbericht ein geeignetes Mittel wäre oder ob es da nicht bessere Wege gibt.

Sie haben mich, wie gesagt, an Ihrer Seite, wenn es um Informationsrechte, Transparenz und dergleichen geht.

(Ralf Witzel [FDP]: Es geht hier um Transparenz!)

Dieser Vorschlag überzeugt mich aber, ehrlich gesagt, überhaupt nicht. Wir sind nun 17 Jahre ohne einen Förderbericht ausgekommen, und ich habe hier wenig gehört, was mich davon überzeugen würde, dass man einen solchen wieder braucht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Klenner. – Für die SPD spricht der Abgeordnete Herr Baer.

Alexander Baer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wunsch nach einem umfassenden Förderbericht für NRW ist bei Weitem nicht neu. Das wurde bereits gesagt.

Es gab bereits Anläufe, einen solchen Bericht in unserem Land wieder zu etablieren. Erst vor rund vier Jahren hat die SPD-Fraktion hier einen sehr ähnlichen, wenn auch weniger umfangreichen Antrag gestellt. Dieser Antrag war nicht gleich formuliert, aber er hatte ebenfalls als Ziel, im zweijährigen Turnus einen Förderbericht der Landesregierung erstellen zu lassen.

Ich bin mir sicher, dass es Gründe dafür gab, dass die damals in der Regierung Laschet mitregierende FDP diesen Antrag abgelehnt hat. Genauso gab es im Jahr 2014 sicher gute Gründe für die SPD, den damaligen Antrag der FDP abzulehnen. Ich denke, damals war man übereingekommen, dass die Einführung der EPOS-Datenbank einen solchen Förderbericht ersetzen könnte.

(Simon Rock [GRÜNE]: Aha!)

Dass das schnell passiert, ist doch das, lieber Kollege Klenner und lieber Herr Rock, wofür Sie sich einsetzen. Darüber wir uns einig. Heute sind die SPD und die FDP in der Opposition, und vielleicht kommen wir heute auf einen Nenner. Im Zuge des leider oft üblichen politischen Hin und Her kann es passieren, dass eigentlich sinnvolle Forderungen auf der Strecke bleiben.

Nun liegt erneut ein Antrag der FDP auf einen Förderbericht vor, der die entsprechenden Maßnahmen gleich evaluieren und priorisieren will. Das finden wir im Prinzip nicht schlecht, denn wir befürworten mehr Transparenz.

Des Weiteren finden wir es sinnvoll, regelmäßig darauf zu schauen, wofür das Geld ausgegeben wird. Andere machen das schließlich auch. Ein Geschäftsbericht ist – sei es im Bund, in den Ländern, in großen Konzernen oder in kleinsten Betrieben – betriebswirtschaftlich sinnvoll. Das würde auch uns als Parlament gut zu Gesicht stehen und uns dabei helfen, unsere vornehmste Aufgabe, nämlich das Etatrecht, angemessen wahrzunehmen. Außerdem würden die Menschen im Land erkennen, wofür das Geld ausgegeben wird.

Dass Förderprogramme über Nacht ohne Ankündigung eingestampft werden, haben wir bereits bei dem Programm zur Rückerstattung der Grunderwerbsteuer im letzten Sommer gesehen. Deshalb wünschen wir uns für unsere Bürgerinnen und Bürger eine bessere Nachvollziehbarkeit für solche Situationen.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei aller Sympathie für den Antrag möchte ich aber deutlich sagen: Die FDP fordert zur Erstellung des Berichts eine Überprüfung der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Programmen. Das ist generell sinnvoll. Wichtig ist aber, dass sich nicht alle Fördermaßnahmen anhand von Kennzahlen oder Erfolgsrechnungen beurteilen lassen. Denken Sie zum Beispiel an den Bereich der Kinder- und Jugendprävention, die Gesundheitsprävention, die Information der Bevölkerung und andere weiche Themen.

Es lässt sich nicht alles problemlos bezüglich seiner Wirksamkeit evaluieren. Deshalb lautet mein Plädoyer: Ein Förderbericht ja, unbedingt. Eine Überprüfung der Maßnahmen ebenfalls, aber mit Augenmaß, Menschenverstand und mit Sinn für die gesellschaftlichen Belange außerhalb der ökonomischen Messbarkeit. Aus diesem Grund nehmen wir den letzten Satz des Antrags, mit dem der politische Dialog mit dem Parlament gefordert wird, besonders ernst.

Alles in allem kann ich sagen: Wir stimmen dem Antrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Baer. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Rock.

Simon Rock (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Der Abbau von Bürokratie beginnt damit, dass keine zusätzliche Bürokratie aufgebaut wird.“

Das stammt nicht von mir – ich möchte keine Urheberrechtsklage haben –, sondern das ist ein Tweet von Christian Lindner vom März dieses Jahres. Ich muss jetzt aber feststellen, dass diese FDP-Floskel offensichtlich endet, wenn es konkret wird, denn Ihr Antrag fordert genau das: mehr Bürokratie und mehr Arbeit für die ohnehin belastete Ministerialbürokratie.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Regeln sind grundsätzlich nicht falsch. Wir müssen uns aber schon die Frage stellen, ob Ihr Antrag einen konkreten Mehrwert hat.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Hören Sie doch mal zu. Wir schauen dann auch gleich, wer sich mit dem Thema nicht beschäftigen wollte. – Es gab bis 2007 einen Förderbericht des Landes. Dieser Förderbericht wurde unter Regierungsbeteiligung der FDP abgeschafft. Sie saßen 2007 für die FDP bereits im Landtag. Ich frage Sie deshalb, was die Gründe für diese Abschaffung waren. Warum haben Sie das abgeschafft?

Aus unserer Sicht ist das aus mehreren Gründen jedoch nachvollziehbar. Die Mittel für die Förderprogramme sind im Haushalt transparent aufgeführt. Im Rahmen des Haushaltsverfahrens diskutieren wir jährlich über die Notwendigkeit und die Sinnhaftigkeit von Fördermaßnahmen. Die Ministerien veröffentlichen im Internet ausführliche Informationen zu den jeweiligen Förderprogrammen. Es kommt noch eine Sache hinzu. Der Bericht erschien bis 2007 mit erheblicher Verzögerung und hatte deshalb für die konkreten Haushaltberatungen keinen Mehrwert.

Herr Witzel, Sie sprachen in einem Zeitungsbericht von einer TÜV-Prüfung für Förderprogramme, die Sie mit einem Förderbericht einführen wollen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Das ist alleine schon deshalb schräg, weil der letzte Förderbericht, auf den Sie sich bezogen haben, bei dem Thema „Wirksamkeit“ überhaupt keine Rolle gespielt hat.

Um den konkreten Mehrwert eines solchen Berichts im Landtag einmal nachzuvollziehen, können wir uns anschauen, wie der letzte Förderbericht 2007 im Landtag beraten wurde. Er war immerhin knapp 500

Seiten schwer, und es war ein gewisser Aufwand, ihn zu erstellen.

Wie hat der Haushalts- und Finanzausschuss diese Beratungen gewürdigt? Ich sage es Ihnen. Anfang 2008: erster Aufruf im HFA. Das Thema wurde erst einmal vertagt. Ein Monat danach, 14.02.2008: zweiter Aufruf im HFA. Im Protokoll findet sich folgende Aussage – Herr Witzel, Sie waren dabei; ich noch nicht –, die Sie wahrscheinlich bestätigen können.

(Ralf Witzel [FDP]: Ich war nicht im HFA!)

– Dann waren Sie nicht im HFA. Sie waren damals aber schon im Landtag, und Sie können das zumindest im Protokoll nachschauen.

(Ralf Witzel [FDP]: Im HFA war ich erst Jahre später!)

– Ja, ist geschenkt. – Also, zweiter Aufruf im HFA: „Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion entgegen.“ Der letzte Förderbericht wurde im Ausschuss also überhaupt nicht diskutiert.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

So viel zu der Frage, wie interessant das ist.

Wenn Sie sagen, dass Sie eine TÜV-Prüfung für Förderprogramme wollen, frage ich Sie, wie diese Prüfung genau aussehen soll. Augen zu und durch? Ich weiß nicht, ob uns diese Art von Hauptfeststellung etwas bringt.

Offensichtlich genügten diese genannten Argumente 2007 den Regierungsfractionen, unter anderem auch der FDP, den Bericht abzuschaffen. 2013, in der Opposition, wollten Sie dann den Förderbericht wieder einführen. Unterschrieben wurde der Antrag auch von Christian Lindner – das ist der mit dem Tweet, den ich am Anfang zitiert habe –, der gesagt hat: Bürokratieabbau beginnt damit, dass man keine zusätzliche Bürokratie aufbaut.

Dann waren Sie 2017 wieder in Regierungsbeteiligung, und da war Ihnen das Thema offensichtlich wieder nicht so wichtig. Sie hatten ja fünf Jahre Zeit, so etwas einzuführen. Das haben Sie nicht gemacht. Dann kramen Sie 2024 Ihren Oppositionsantrag wieder aus. Ich wage mal die Prognose: Wenn Sie noch einmal Regierungsverantwortung übernehmen würden, dann kann ich mir vorstellen, was Sie dann nicht machen:

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben nichts zu dem gesagt, was Sie machen! Einfach Ausgaben durchlaufen lassen! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das Niveau kann man kaum unterschreiten!)

Ihrem heutigen Antrag zu folgen. Genauso wollen wir es an dieser Stelle auch halten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Rock. – Für die AfD spricht Herr Dr. Beucker.

Dr. Hartmut Beucker* (AfD): Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich einmal die Besonderheit dieses Antrages herausstellen. Wir haben mehrfach in dieser Legislaturperiode Anträge der FDP, jetzt in der Opposition, besprochen, deren Inhalte in deutlichem Gegensatz zu dem stehen, was die FDP in der letzten Legislaturperiode als Regierungspartei vertreten hat.

Nicht so dieser Antrag. Am 20.08.2020 sah Herr Kollege Witzel von der FDP im Haushalts- und Finanzausschuss die generelle Berechtigung der Forderung nach einem Bericht über die verschiedenen Förderungen und Subventionen durchaus. Die besondere Volte lag damals darin, dass der Herr Kollege den damaligen SPD-Antrag gleichwohl ablehnte. Als Grund dafür gab er an, die Coronalage zwingt dazu, andere Prioritäten zu setzen. Immerhin, Corona ist weg, und sehr konsequent kommt nun dieser Antrag.

Sowohl mit dem Antrag als auch mit der Konsequenz, mit der er auf den ersten Blick gestellt wird, sind wir einverstanden, jedoch nur auf den ersten Blick. Denn der heutige Antrag zeigt nicht nur auf, was Sie von der FDP-Fraktion in Ihrer letzten Regierungszeit von 2017 bis 2022 nicht geschafft haben, sondern auch, was Sie in der vorletzten Regierungszeit, 2005 bis 2010, nicht angegangen sind.

Die FDP schreibt in der Begründung zum heutigen Antrag, dass im Jahr 2007 das letzte Mal ein Förderbericht von der damaligen schwarz-gelben Regierung vorgelegt wurde. Das haben wir soeben auch gehört. Das sei davor immer alle zwei Jahre erfolgt. Warum ist das dann nicht im Jahre 2009 erfolgt? Da waren Sie doch auch noch an der Regierung.

Herr Kollege Rock hat es angesprochen. Er hat auch die seinerzeitige unsachgemäße Behandlung im Ausschuss angesprochen. Aber das ist kein Argument. Das kann man ja immer besser machen. Insofern ist es kein Argument gegen den Antrag.

Die Forderungen des Antrags sind nämlich prinzipiell durchaus richtig. Wir als AfD sehen das Wuchern des Förderwesens, egal auf welcher Staatsebene, sehr kritisch. Besonders intransparent sind die Förderungen der EU: hier wie dort ein Programm und da noch eins. Keiner hat mehr einen Überblick. Das öffnet Verschwendung und der Günstlingstwirtschaft Tür und Tor.

Das zu verhindern, wäre der FDP in der letzten Regierung mit einem Bericht ein Leichtes gewesen. Denn die FDP hat damals den Wirtschaftsminister gestellt. Dessen Ministerium ist bekanntlich nicht arm an Förderprogrammen. Da hätte man Transparenz schaffen können – ohne größeren Aufwand – und sogar schaffen müssen. Denn Corona hat viele

Förderungen nach sich gezogen. Gerade in dieser Zeit wurden massiv Schulden aufgenommen. Gerade dann hätte man Transparenz gebraucht, um zu sehen, wo man einsparen kann, wie man Regierungshandeln besser steuern kann.

Nur ein finanziell stabiler Staat kann auf Dauer funktionieren. Stattdessen wurde aber nur ausgegeben. Das ist für gutes Regierungshandeln zu wenig. Der gute Skatspieler zum Beispiel spielt nicht nur seine Karten aus, sondern hält auch nach, was für Karten bereits ausgespielt wurden. Eine gute Regierung hält nach, was bereits ausgegeben wurde und informiert darüber. Das ist auch nicht schwer. Das geht quasi in einem Aufwasch.

Sie haben auch nicht ausgeführt, dass das mit dem damaligen Koalitionspartner nicht möglich gewesen sei – nichts davon. Fraglich ist also durchaus, ob die FDP in der Regierung Transparenzberichte abgeben würde. Die Forderung danach ist aber jedenfalls zu begrüßen und sehr gut. Wir hoffen doch, dass Sie in Zukunft auch unseren Forderungen nach Transparenz, zum Beispiel nach den Kosten für die Migrationskrise, zustimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Dr. Beucker. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt manches zu dem Antrag, zu der historischen Einordnung des Antrags, zu den Rollen, die man als regierungstragende Fraktion und als Opposition wahrnehmen kann, und vieles mehr gesagt worden.

Zunächst einmal ist es nachvollziehbar, dass die FDP im Sinne der Nachhaltigkeit auch das Recycling ernst nimmt, nämlich das Recycling von Anträgen. Das führt aber dazu, dass man genau die Diskussion bekommt, die Sie jetzt bekommen haben.

Förderberichte und entsprechende parlamentarische Initiativen sind absolut berechtigte Anliegen des Parlaments, insbesondere auch der Opposition. Die Debatten, die dazu geführt werden, sind auch notwendige parlamentarische Debatten über das, was wir als Regierung an Informationen zu geben haben und was wir an Bewertung hier im Parlament vorzunehmen haben. Da gehören Rede und Gegenrede dazu.

Dass wir beim Thema „Transparenz“ auch gerade gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ein ganzes Stück weiterkommen wollen und schon weitergekommen sind, sehen Sie auch daran, wie wir als Landesregierung – übrigens auch die Vorgängerregierungen schon – die Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger verbessert haben, sich digital und in Papierform darüber zu informieren, wie die Landes-

regierung Dinge fördert, welche Anträge man stellen kann, wie Mittel verwendet werden.

Wenn wir uns das ein bisschen genauer angucken, Herr Kollege Witzel, dann haben Sie 2020 exakt genau das auch in der Debatte richtigerweise gesagt. Da haben Sie gesagt: Heute könnten im Gegensatz zu früher viel mehr Informationen der Ministerien im Internet abgerufen werden. Wenn Veröffentlichungen der Landesregierung im Internet nicht ausreichen, bestehe immer noch für die Fraktionen die Gelegenheit, diese Informationen parlamentarisch abzurufen.

Ich kann jedenfalls sagen, nachdem ich mich in der Vorbereitung dieser Debatte auf Internetseiten der Fachkollegen ein wenig informiert habe: Ich habe nicht den Eindruck, dass wir zu wenig Informationen über das, was wir fördern, zu wenig Informationen über das, wie gefördert wird, und zu wenig Informationen über Ergebnisse dokumentieren würden.

Das, was Sie in Ihrer Rede dargestellt haben, ist ein völlig anderer Sachverhalt, und zwar die Frage, ob wir alles das, was wir fördern wollen, auch fördern können, und ob wir uns alles das, was wir fördern könnten, auch leisten können. Das ist aber eine völlig andere Debatte als das, was Sie hier miteinander besprechen.

(Ralf Witzel [FDP]: Eine notwendige Debatte! – Zuruf von Simon Rock [GRÜNE])

Das, wovon Sie meinen, dass es die Voraussetzung einer solchen Debatte ist, ist ja längst vorhanden. Wir haben Haushaltspläne mit Erläuterungsbänden. In diesen Erläuterungsbänden zum Haushalt – und damit auch in der Beratung der Fachausschüsse – gibt es genau diese Darstellung der Verwendungszwecke, und zwar gegenübergestellt zu dem, was in den Vorjahren gefördert worden ist. Da haben die Fachausschüsse, die sich deshalb auch alle damit befassen, die Gelegenheit, genau abzufragen – bei jedem Ressort übrigens nachlesbar bzw. nachhörbar –, was denn da passieren soll. Wir haben an der Stelle zum Glück kein Erkenntnisproblem, sondern wir fragen uns, ob die Informationen, die verfügbar sind, auch alle für politische Entscheidungen genutzt werden.

Sie können gerne sagen, die politischen Entscheidungen müssten eher in eine andere Richtung gehen. Dann müssten Sie aber nicht einen solchen Bürokratiewust erzeugen, denn Sie haben ja auch – das ist hier noch nicht angesprochen worden; es ist auch ein parlamentarisches Recht – das Mittel der Großen Anfrage gewählt.

(Ralf Witzel [FDP]: Genau!)

Die Große Anfrage 22, in der es genau um die Transparenz der Förderpolitik der Landesregierung geht, wird derzeit von der Landesregierung beantwortet. Es hat sich mir allerdings nicht erschlossen, wieso Sie dann, wo wir ganze Apparate von Menschen jetzt

Daten sammeln lassen, damit wir Ihre Anfrage beantworten können, demnächst auch noch einen Förderbericht zusammenstellen lassen wollen. Das wäre mindestens Doppelarbeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Sie könnten die Daten dafür doch direkt nutzen!)

Sie müssten den Menschen in den Ministerien auch vermitteln, warum sie unter unterschiedlichen Labels zweimal fast das Gleiche machen sollen

(Ralf Witzel [FDP]: Sie können die doch dafür wiederverwenden!)

– nee, nee, nee – und anschließend von Ihnen in der nächsten Debatte zum Stellenplan eines Fachministeriums erklärt wird, Sie könnten gar nicht verstehen, warum man dafür neue Stellen braucht. Ganz ehrlich: Das ist nicht redlich.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Um es aus meiner Sicht zu sagen: Sie als Parlament haben jedes Recht, Auskünfte zu bekommen – ich als Parlamentarier würde auch immer darauf bestehen –, damit Sie vernünftig abwägen und entscheiden und die Bürgerinnen und Bürger sich angemessen informieren können.

(Unruhe – Glocke)

Aber zu Doppel- und Dreifacharbeit besteht aus meiner Sicht kein Anlass. Wir sollten uns darauf fokussieren, dass der Staat handlungsfähig ist und die Menschen, die für den Staat handeln, auch sinnvolle Dinge tun und nicht Bürokratie aufbauen. Sie hatten immer den Anspruch, dass da irgendwo der Houdini durch den Saal geht. Jetzt sind Sie sind dabei, das Land Nordrhein-Westfalen mit Ihren Anträgen zu fesseln. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/8887. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind FDP und SPD. Wer stimmt dagegen? – Ach so, die AfD stimmt auch noch zu. Pro-Stimmen waren in diesem Falle also von FDP, SPD und AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/8887**, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

Ich rufe dann auf:

8 meinungsvielfalt.jetzt! Manifest der ÖRR-Mitarbeiter ernst nehmen und grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland angehen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/8881

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende AfD hat der Abgeordnete Tritschler jetzt das Wort.

Sven Werner Tritschler* (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland wegen mangelnder politischer Ausgewogenheit – das ist kein Novum, das ist eher eine Konstante. Schon der erste Kanzler der Republik, Herr Adenauer, klagte damals, als die CDU noch christlich und demokratisch war, über den Rotfunk, der irgendwo auf dem Weg zum Heute dann eher zum Grünfunk mutiert ist.

Solche Kritik wird von CDU und FDP immer mal wieder zaghaft geäußert, vor allem, wenn bald wieder irgendwo gewählt wird. Aber das darf man nicht so ernst nehmen. Echte Reformbemühungen folgen daraus nicht – selbst dann nicht, wenn man die Mehrheiten dafür hätte. Tatsächlich ist die einzige Partei, die in Deutschland konsequent und übrigens Seite an Seite mit einer übergroßen Mehrheit der Bürger für eine grundlegende Reform der Rundfunkanstalten eintritt, die AfD. Aber das ist bekannt, das wissen die Menschen im Land.

Daher ist es eine ganz neue und bemerkenswerte Qualität und auch der Anlass für diese Debatte, wenn sich nun Mitarbeiter der Anstalten teils anonym, aber teils auch unter Klarnamen kritisch mit der Meinungsvielfalt bzw. der Meinungsmonokultur beim gebührenfinanzierten Rundfunk auseinandersetzen. Das ist ein Dammbbruch und für alle Befürworter dieses Systems ein Warnsignal. Ich will mal die wichtigste Kernpassage des Manifests zitieren.

„Seit geraumer Zeit verzeichnen wir eine Eingrenzung des Debattenraums anstelle einer Erweiterung der Perspektive. Wir vermissen den Fokus auf unsere Kernaufgabe: Bürgern multiperspektivische Informationen anzubieten. Stattdessen verschwimmen Meinungsmache und Berichterstattung zusehends auf eine Art und Weise, die den Prinzipien eines seriösen Journalismus widerspricht. [...] Stimmen, die einen – medial behaupteten – Konsens hinterfragen, werden wahlweise ignoriert, lächerlich gemacht oder gar ausgegrenzt. Inflationär bedient man sich zu diesem Zwecke“

– das kommt Ihnen vielleicht bekannt vor –